



Guido Rötler
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 25.09.2019

Niederschrift

| | |
|----------------|--|
| Gremium | Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel |
| Sitzungsnummer | 7/2019 |
| Datum | Dienstag, den 24.09.2019 |
| Sitzungsdauer | 20:00 Uhr bis 23:07 Uhr |
| Ort | Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel, , |

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Rötler, Guido (CDU)

Anwesende:

Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)
Stadtverordneter Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordneter Breitenbach, Frank (CDU)
Stadtverordneter Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordneter Gust, Oliver (CDU)
Stadtverordneter Hirt, Oliver (CDU)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordneter Ließmann, Peter (SPD)
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (FDP)
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)
Stadtverordnete Weigl-Franz, Viola (CDU)
Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Stadtverordneter Zeitler, Nicholas (CDU)

entschuldigt:

Stadtverordnete Blum-Schwarzer, Nicole (CDU)
Stadtverordnete Grosse, Andrea (CDU)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Pastor, Josef (SPD)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2019
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Antrag der Fraktionen CDU und SPD: (DS-184/2019)
Stärkung des Ehrenamts
5. Antrag der Fraktionen CDU und SPD: (DS-185/2019)
Keine Grabsteine aus Kinderarbeit auf den Bruchköbeler Friedhöfen
6. Antrag der Fraktionen CDU und SPD: (DS-186/2019)
Busshuttle für Bruchköbel
7. Antrag der Fraktionen CDU und SPD: (DS-187/2019)
Einheitliche und moderne Bewerbung von Veranstaltungen
8. Antrag BBB-Fraktion: (DS-190/2019)
Beitritt Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen
9. Antrag BBB-Fraktion: (DS-191/2019)
Bruchköbel soll seine Gewerbesteuer vollständig behalten! Ablehnung einer neuen Landesumlage
10. Antrag Bündnis 90/Die Grünen: (DS-188/2019)
Ladesäulen
11. Antrag Bündnis 90/Die Grünen: (DS-189/2019)
Radfahren gegen die Einbahnstraße
12. Antrag FDP-Fraktion: (DS-192/2019)
Resolution gegen das geplante Gesetz „Starke Heimat Hessen“
13. Antrag FDP-Fraktion: (DS-193/2019)
Ausweisung von weiteren Flächen für Baustellen-Zwischenlager
14. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a (DS-194/2019)

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 31 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwendungen.

| | |
|----|---|
| 1. | Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2019 |
|----|---|

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 20.08.2019 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

| | |
|----|---|
| 2. | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
|----|---|

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass die Stadtverordnete Neunemann-Güth von der SPD-Fraktion in die FDP-Fraktion gewechselt sei.

Weiter teilt er mit, dass zwei Anfragen hinsichtlich des Vertragsschlusses mit dem Investor für die Neue Mitte hereingekommen seien, nämlich

- von der BBB-Fraktion:

„Wurde der Vertrag mit dem Investor Schoofs Immobilien GmbH zur Umsetzung der Innenstadterneuerung (Lose 1 und 2) gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2019 (Drucksache 108/2019) nunmehr unterzeichnet?

Wenn ja,

entspricht der unterzeichnete Vertrag vollumfassend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, Insbesondere wurde das angegebene Vertragsvolumen von 26,8 Millionen € gewahrt?

Es wird gebeten, die Vertragsurkunde zur Einsichtnahme vorzulegen.

Wenn nein,

aus welchen Gründen ist die Unterzeichnung trotz der der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2019 gegenüber behaupteten Eilbedürftigkeit noch nicht erfolgt?

Welche konkreten Probleme standen bzw. stehen der Unterzeichnung entgegen?

Ist noch mit einer Unterzeichnung beziehungsweise einem Vertragsabschluss mit dem Investor gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu rechnen, oder nicht?“

- von der FDP-Fraktion:

„1. Wurde der Vertrag mit der Fa. Schoofs (Los 1 und 2) unterzeichnet?

2. Falls nicht, aus welchen Gründen verzögert sich das? Falls ja, wann wird der Vertrag der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben?

3. Wann ist konkret mit einem Baubeginn zu rechnen?

4. Wann wird über die Vergabe von Los 3 entschieden, wie ist hier der aktuelle Status, wie lange haben die Angebote noch Gültigkeit?

5. Bleibt der Zeitplan für den Abriss des Parkhauses bestehen?“

Die Beantwortung der Fragen werde durch den Bürgermeister unter dem Tagesordnungspunkt 3 erfolgen.

Weiter bittet der Stadtverordnetenvorsteher nochmals dringend, jeglichen Emailverkehr mit dem Sitzungsbüro, insbesondere bei Anträgen, über die Emailadresse hauptamt@bruchkoebel.de abzuwickeln. Nur damit sei sichergestellt, dass bei Abwesenheit des Adressaten alle Mitarbeiter Kenntnis von der Email und dem Inhalt erhalten.

| | |
|----|--|
| 3. | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
|----|--|

Der Bürgermeister bekundet zu den Anfragen von BBB- und FDP-Fraktion, dass der Vertragsschluss morgen im Magistrat verhandelt werde. Der Vertrag umfasst ca. 50 Seiten und 60 Aktenordnern Anlagen. Im Detail zu regeln sind u.a. Grunddienstbarkeiten, Wegerechte u.ä. Der Vertrag ist zweigeteilt,

nämlich ein Grundstückskaufvertrag und ein Bauvertrag mit Details für den Generalunternehmervertrag wie z.B. Zusatzbestellungen, Sonderwünsche, Stundenlohnarbeiten, Zahlungsplan, Nachunternehmerfristen usw.

Währenddessen betritt die Stadtverordnete Weigl-Franz den Sitzungssaal, damit sind 32 Stadtverordnete anwesend.

Es handelt sich um keinen formularmäßigen VOB-Vertrag, daher waren auch die Verhandlungen entsprechend umfangreich. Der Spatenstich soll im Oktober erfolgen, ebenso die Baustelleneinrichtung. Zum Los 3 wird noch verhandelt, noch in diesem Jahr soll eine Beschlussfassung auf den Weg gebracht werden. Der Abrisszeitpunkt des Parkdecks steht noch nicht fest. Der Generalunternehmer wird Ende Oktober einen Zeitplan vorlegen. Heute haben die Baumaßnahmen am Fritz-Horst-Platz für zusätzliche Parkmöglichkeiten begonnen.

Heute tagte der neue Seniorenbeirat erstmals. Zur Vorsitzenden wurde Frau Dr. Führes gewählt, als Stellvertreter Herr Dr. Hergert und Frau Kaster und als Schriftführer Herr Kortenhoeven.

Währenddessen betritt der Stadtverordnete Zeitler den Sitzungssaal, damit sind 33 Stadtverordnete anwesend.

Die nächste Sitzung wird am 05.11.2019 stattfinden. Der Seniorenbeirat ist auf 5 Jahre vom Magistrat berufen worden.

Der Stadtverordnete Rabold kommt auf die erweiterte Fragestellung der Anfrage der BBB-Fraktion zurück und fragt, ob der Inhalt der Beschlussfassungen vollumfassend in den Vertragsentwurf eingearbeitet worden sei. Der Bürgermeister bejaht dies.

| | | |
|--------|-------------|--|
| TOP 4. | DS-184/2019 | Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Stärkung des Ehrenamts |
|--------|-------------|--|

Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Antrags.

Der Stadtverordnete Ringel stellt einen Änderungsantrag und spricht in diesem Sinne:

„Der Beschlusstext wird um einen Satz 4 wie folgt ergänzt:

Als Sofortmaßnahme wird der Kreis der Begünstigten bei sämtlichen Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen der Stadt Bruchköbel um die Ehrenamtscardinhaber erweitert.“

Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne des Ehrenamts und regt im weiteren Zusammenhang die Gründung eines Vereinsringes an. Die Stadtverordnete Braun bekundet, dass dieser Antrag mit Zielrichtung auf die Feuerwehren von der FDP-Fraktion vor etwa 3 Jahren schon gestellt worden sei. Im Übrigen spricht sie im Sinne des Antrags und einer Verweisung. Der Stadtverordnete Sliwka berichtet, dass bereits 6 Gewerbetreibende in Bruchköbel Ehrenamtscardinhabern Rabatte einräumen. Die von ihm vorgesehene Tagesordnung für eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.10.2019 sehe auch den Antrag hinsichtlich der Feuerwehren vor. Der Stadtverordnete Baier meint, dass der Antrag bedauerlicherweise inhaltsleer sei und auch der Antrag zum Ehrenamt in der Feuerwehr noch im Ausschuss liege. Er meint, dass der Ursprungsantrag gleichwohl beschlossen werden oder im Ausschuss diskutiert werden könne.

Der Stadtverordnete Baier stellt den Antrag auf Verweisung beider Sachen in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zur Verweisung: bei 12 Ja-Stimmen (BBB, FDP) und 21 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag: einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Ursprungsantrag: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, aufbauend auf der vom 2018 in Kraft getretenen Vereinsförderrichtlinie ein Konzept zu erarbeiten, welches als Zielvorgabe vorsieht, dass Ehrenamt innerhalb der Stadt Bruchköbel nachhaltig zu stärken. Die Attraktivität der Annahme eines Ehrenamts in unserer Stadt, soll sich durch die Möglichkeit maßgeschneiderter Vergünstigungen oder speziellen Leistungen ergeben, welche über die hessische Ehrenamtskarte hinausgeht. Die Vorschläge werden der Stadtverordnetenversammlung unter Benennung des jeweiligen Aufwands zur Entscheidung vorgelegt. Als Sofortmaßnahme wird der Kreis der Begünstigten bei sämtlichen Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen der Stadt Bruchköbel um die Ehrenamtscardinhaber erweitert.

| | | |
|--------|-------------|---|
| TOP 5. | DS-185/2019 | Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Keine Grabsteine aus Kinderarbeit auf den Bruchköbeler Friedhöfen |
|--------|-------------|---|

Die Stadtverordnete Viehmann spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Rechholz meint, dass die Friedhofscommission in dieser Sache dem Magistrat bereits zuarbeite und so der Antrag überflüssig sei. Der Stadtverordnete Ringel verweist auf einen alten Antrag seiner Fraktion, der ebenfalls in diese Richtung gehe. Im vorliegenden Antrag regt er an, einen ökologischen Bezug herstellen und jegliche von außerhalb Europas importierte Grabmale in ein Verbot einzubeziehen.

Der Stadtverordnete Ringel stellt einen Antrag auf Verweisung der Sache mit einer Erweiterung um ein Verbot des Imports jeglicher Grabmale von außerhalb Europas aus ökologischen Gesichtspunkten in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Ließmann meint, dass der Altantrag der GRÜNE-Fraktion ausschließlich das Ross vor Roßdorf betroffen habe. Im Übrigen spricht er im Sinne des Ursprungsantrags. Eine ökologische Diskussion müsse separat erfolgen, wahrscheinlich handele es sich um einen unzulässigen Eingriff in die Gewerbefreiheit.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass eine Bezugnahme auf Regelungsinhalte außerhalb des § 6a Hess. Friedhofs- und Bestattungsgesetz riskant sei und die Rechtmäßigkeit der gesamten Regelung gefährden könne.

Der Stadtverordnete Ringel stellt klar, seine Anregung nicht aufrechtzuerhalten.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 13 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE) und 20 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FDP) abgelehnt.

Abstimmung: bei 32 Ja-Stimmen (CDU, BBB ohne den Stadtverordneten Clauß, SPD, GRÜNE, FDP) und einer Enthaltung (der Stadtverordnete Clauß) beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel wird beauftragt, bei der Überarbeitung der aktuellen Friedhofssatzung mit aufzunehmen, dass diese ausdrücklich festlegt, dass zukünftig keine Grabsteine, Grabumfassungen und Grabplatten aufgestellt werden, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden. Die Verkäufer/Steinmetze haben über Herkunft und Herstellung den Nachweis einer Zertifizierung zu erbringen.

| | | |
|--------|-------------|---|
| TOP 6. | DS-186/2019 | Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Busshuttle für Bruchköbel |
|--------|-------------|---|

Der Stadtverordnete Nohl spricht im Sinne des Antrags. Seiner Wahrnehmung nach fühlen sich die Ortsteile von der Kernstadt abgekoppelt. Der hiesige Antrag helfe, alle wieder mehr zusammen rücken zu lassen. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass ein solcher Service nicht unter € 100.000,- p.a. zu haben sei. Insofern sei der Antrag auch haushaltstechnisch riskant. Er lobt den bereits bestehenden und den geplanten ÖPNV. Keine andere Kommune im Kreis gebe für einen umfassenden und auch in den Stadtteilen z.T. bis 02:30 Uhr nachts reichenden ÖPNV mehr aus. Auch die Nähe von Haltestellen im Stadtgebiet sei beispielgebend. Der vorliegende Antrag kannibalisiere den dem-

nächst beginnenden, vor kurzem erst ausgeschriebenen ÖPNV und führe ausschließlich zu mehr Ausgaben. Der Stadtverordnete Hormel kritisiert die augenscheinlich nunmehr zugegebene und vom BBB seit langem kritisierte Abkoppelung von Kernstadt und Ortsteilen. Er kritisiert auch die angedachte Linienführung des Shuttles, da Querverbindungen zwischen den Ortsteilen fehlen. Er spricht auch gegen den zu erwartenden Kannibalisierungseffekt zu Lasten des gerade ausgeschriebenen Verkehrs. Die jetzigen Anforderungen hätten spätestens während der Festlegung der Ausschreibungskriterien eingebracht werden müssen. Er hält je nach folgender Diskussion eine Verweisung der Sache in den Ausschuss für nötig. Die Stadtverordnete Braun äußert sich im Sinne der kritischen Beiträge, es handele sich um einen Schaufensterantrag. Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Antrags, eine entsprechende Entscheidung sei bürgerfreundlich. Auch die Stadtmarketing GmbH habe bereits Planungen für einen Shuttleservice vorangetrieben. Eine umfassende inhaltliche Diskussion im Ausschuss sei nützlich. Der Stadtverordnete Ließmann bekundet, dass sich die SPD-Fraktion schon lange für eine verbesserte Anbindung der Ortsteile mit dem ÖPNV einsetze. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass ein noch besserer ÖPNV im Stadtgebiet nur schlecht bezahlbar sei. Bereits die bestehende Versorgung sei sehr gut. Das hier angedachte Vorhaben sei in anderen Kommunen immer sehr schnell wieder eingestellt worden. Auch der Stadtverordnete Rabold kritisiert den Antrag detailliert. Der Stadtverordnete Linek kritisiert den Antrag ebenfalls, die Kritik des Stadtverordneten Hormel zum Inhalt und Zeitpunkt des Antrags sei zutreffend.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

| | | |
|--------|-------------|--|
| TOP 7. | DS-187/2019 | Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Einheitliche und moderne Bewerbung von Veranstaltungen |
|--------|-------------|--|

Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Antrags.

Die Stadtverordnete Braun bringt einen Änderungsantrag ein und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt, die Genehmigung zur Sondernutzung im öffentlichen Straßenraum für Plakatierung und Wahlwerbung zu überarbeiten, insbesondere im Hinblick auf:

- Standorte für Plakatständer/Plakate
- Überarbeitung der Befestigungsmöglichkeiten für Plakatständer/Plakate mit der Erlaubnis für Laternen (Ausnahme auf Kreisverkehrsflächen)
- neue Formen der Werbung (Anhänger, Banner an Häusern)“

Die Stadtverordnete Braun meint darüber hinaus, dass gegebenenfalls die diesbezüglichen städtischen Genehmigungen sämtlich zu überarbeiten seien. Sie kritisiert den Ursprungsantrag. Der Stadtverordnete Rabold kritisiert ebenfalls den Ursprungsantrag, es handele sich um Regelungswut. Die Stadtverordnetenversammlung könne nicht bzw. nicht ohne Weiteres in die Kompetenz des Magistrats zu Straßensondernutzungen und auch nicht in Privateigentum eingreifen. Die alleinige Kompetenz des Bürgermeisters als Straßenverkehrsbehörde könne auch betroffen sein. Darüber hinaus funktionieren die Genehmigungsinhalte bislang in der Regel gut. Er regt an, im Vorfeld der kommenden Kommunalwahl in kleiner Runde auch mit jeweils einem Fraktionsvertreter allgemeine Genehmigungsinhalte und besondere Inhalte zu Wahlkampfzeiten zu diskutieren. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass der Antrag zu viel Interpretationsspielraum enthalte, also unbestimmt sei. Er kritisiert Einzelaspekte des Antrags. Über dies sei die Kommunikation mit der Ordnungsbehörde in diesen Angelegenheiten immer gut. Der Stadtverordnete Sliwka appelliert an die anderen Fraktionen, diese Änderung mit zu tragen. Wenn man mit offenen Augen durch die Stadt gehe, ergeben sich seiner Auffassung nach bei objektiver Betrachtung viele Verbesserungsmöglichkeiten. Für die Vereine beabsichtige der Antrag Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stadtverordnete Braun meint, dass der ergänzende Antrag den Ursprungsantrag retten soll; Einige Einzelheiten sollten tatsächlich mittelfristig geändert werden. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass eine moderne Werbung für Veranstaltungen von Vereinen bereits jetzt schon über die städtische Homepage laufe, so dass die Plakatwerbung über kurz oder lang ihre Bedeutung verlieren werde.

Abstimmung zum Ursprungsantrag: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag als Ersetzungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP), 12 Nein-Stimmen (CDU) und 4 Enthaltungen (SPD) beschlossen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Genehmigung zur Sondernutzung im öffentlichen Straßenraum für Plakatierung und Wahlwerbung zu überarbeiten, insbesondere im Hinblick auf:

- Standorte für Plakatständer/Plakate
- Überarbeitung der Befestigungsmöglichkeiten für Plakatständer/Plakate mit der Erlaubnis für Laterne (Ausnahme auf Kreisverkehrsflächen)
- neue Formen der Werbung (Anhänger, Banner an Häusern)

| | | |
|--------|-------------|--|
| TOP 8. | DS-190/2019 | Antrag BBB-Fraktion: Beitritt Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen |
|--------|-------------|--|

Der Stadtverordnete Baier spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Ringel spricht ebenfalls im Sinne des Antrags und meint, dass bei den Fahrradwegen in der Stadt noch viel Handlungsbedarf gegeben sei. Der Stadtverordnete Nohl spricht im Sinne des Antrags.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadt Bruchköbel tritt dem Netzwerk der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die TOPe 9 und 12 praktisch deckungsgleich seien. Er regt an, beide Sachen gemeinsam aufzurufen und zu verhandeln. Dagegen regt sich kein Widerspruch, es wird so verfahren.

| | | |
|---------|-------------|--|
| TOP 9. | DS-191/2019 | Antrag BBB-Fraktion: Bruchköbel soll seine Gewerbesteuer vollständig behalten! Ablehnung einer neuen Landesumlage |
| TOP 12. | DS-192/2019 | Antrag FDP-Fraktion: Resolution gegen das geplante Gesetz „Starke Heimat Hessen“ |

Die Stadtverordnete Braun spricht detailliert im Sinne des Anliegens. Sie trägt den gemeinsamen Ersetzungsantrag von BBB- und FDP-Fraktion vor:

„1. Die Stadt Bruchköbel lehnt das von der Hessischen Landesregierung geplante Gesetz „Starke Heimat Hessen“ ab.

2. Das Land Hessen wird aufgefordert, die zum Jahresende 2019 auslaufende bundesgesetzliche Regelung für die erhöhte Gewerbesteuerumlage nicht durch eine Heimatumlage des Landes Hessen zu ersetzen, sondern die frei werdenden Mittel zu 100% den Gemeinden zu belassen, die alleine nach § 6 Abs. 1 GFRG umlagepflichtig sind.

3. Es handelt sich bei der Gewerbesteuer um eine originäre gemeindliche Steuer, die den Städten und Gemeinden zu belassen ist zur Finanzierung der Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Die Finanzierung von Aufgaben von Gemeindeverbänden mit Mitteln aus der Gewerbesteuerumlage ist rechtswidrig und nicht systemkonform.“

Auf Nachfrage des Stadtverordnetenvorstehers ziehen die FDP-Fraktion und die BBB-Fraktion ihren jeweiligen Ursprungsantrag zurück.

Der Stadtverordnete Ringel spricht gegen den Resolutionsantrag und lobt die Landesgesetzgebung, die die Investitions- und Entwicklungsperspektiven solidarisch verbessern. Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Stadtverordneten Ringel. Er meint, dass die die Resolution tragenden Fraktionen gegen die Stadt arbeiten. Problematisch sei bislang gewesen, dass keine belastbaren Zahlen vorgelegen hätten, was jetzt anders sei. So sei jedenfalls auch zu erklären, dass der Bürgermeister bei Lancierung der Resolution diese zunächst unterstützt hat. Der Stadtverordnete Rabold spricht detailliert gegen den Stadtverordneten Ringel und auch gegen den Stadtverordneten Sliwka, deren Zahlenbasis bzw. Berechnungen offensichtlich falsch seien. Der Stadtverordnete Ließmann

spricht gegen die Landesgesetzgebung und im Sinne des Antrags. Die Stadtverordnete Braun äußert sich wie der Stadtverordnete Ließmann.

Abstimmung zum Ersetzungsantrag: bei 16 Ja-Stimmen (BBB, SPD, FDP), 16 Nein-Stimmen (CDU ohne den Stadtverordneten Breitenbach, GRÜNE) und einer Enthaltung (der Stadtverordnete Breitenbach) abgelehnt

| | | |
|------------|-------------|---|
| TOP 10. | DS-188/2019 | Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Ladesäulen |
|------------|-------------|---|

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrages. Der Stadtverordnete Nohl meint, dass eine solche Festlegung aufgrund der Vielzahl von Ladesystemen mit unterschiedlichsten Stromstärken technisch unsinnig sei. Hier werde ein Standard suggeriert, der nicht existiert. Auch müsse erst sorgfältig beobachtet werden, wie sich die Elektromobilität im Allgemeinen entwickle.

Der Stadtverordnete Nohl stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Ringel spricht gegen den Verweisungsantrag. Es gebe sofortigen Handlungsbedarf, da die Stromkabel gleichsam als erstes verbaut werden. Daher müsste der Aspekt auch dringend und sofort in den Vertrag für die Neue Mitte eingearbeitet werden.

Abstimmung zur Verweisung: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Ursprungsantrag: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Ausgehend von der Selbstverständlichkeit, dass auch Bruchköbels Tiefgarage Ladesäulen bietet, wird der Magistrat aufgefordert, gemeinsam mit der EAM-Tochter Energienetz Mitte GmbH als Netzbetreiber sicher zu stellen, dass in der Tiefgarage Neue Mitte Bruchköbel eine Ladekapazität an Ladesäulen zur Verfügung gestellt wird, welche geeignet ist, die E-Mobilität attraktiv zu machen und voran zu bringen.

1. Als Minimum sollen Gleichstromladepunkte mit 50 kW errichtet werden.
2. Die Ladesäulen müssen es mehreren Stromanbietern gleichzeitig ermöglichen ihre Dienstleistungen anzubieten.

| | | |
|------------|-------------|--|
| TOP 11. | DS-189/2019 | Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Radfahren gegen die Einbahnstraße |
|------------|-------------|--|

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Ließmann kritisiert den Antrag als zu pauschal für das Stadtgebiet, es dürfe keine pauschalierte Betrachtung des Straßennetzes stattfinden, allenfalls Straßen mit Tempo 30 kämen in Betracht. Im Übrigen sei der Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde alleine zuständig.

Der Stadtverordnete Ließmann stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr

Der Stadtverordnete Baier sieht ebenfalls dringenden Beratungsbedarf im Ausschuss. Jede Straße sei gesondert zu prüfen. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass der Antrag als Aufforderung an den Bürgermeister zu verstehen sei. Im Übrigen sei das Straßennetz in Bruchköbel ganz überwiegend mit Tempo 30 ausgestaltet, insofern sei auch jede Einbahnstraße für den Gegenverkehr mit Fahrrädern geeignet. Der Stadtverordnete Sliwka meint, dass in der Verwaltung mit dem Fahrradbeauftragten mehr als ausreichend Expertise zum Thema vorhanden sei, auch könne man sich weitere Expertise vom ADFC holen. Insgesamt gebe es aber zu viele unterschiedliche Straßensituationen, so dass eine Beratung im Ausschuss notwendig sei.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 28 Ja-Stimmen (CDU, SPD, BBB, FDP) und 5 Nein-Stimmen (GRÜNE) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

| | | |
|------------|-------------|--|
| TOP 13. | DS-193/2019 | Antrag FDP-Fraktion: Ausweisung von weiteren Flächen für Baustellen-Zwischenlager |
|------------|-------------|--|

Die Stadtverordnete Braun spricht im Sinne des Antrags. Insbesondere in Roßdorf sei die Situation problematisch. Der Stadtverordnete Sliwka spricht gegen den Antrag. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass Baustellenlager keine Plätze im Sinne dauerhaft angelegten Einrichtungen seien. Außerdem können sie allenfalls bei städtischen Vorhaben in Betracht gezogen werden, nicht bei privaten Bauvorhaben. Daher sollten auch keine Flächen als Baustellen-Zwischenlager institutionalisiert werden. Die Stadtverordnete Braun wendet sich gegen den Stadtverordneten Sliwka, Lagerflächen möglichst dezentral vor Ort seien wünschenswert. Auch vertragliche Regelungen kämen in Betracht. Der Bürgermeister bekundet, dass er bereits anlässlich der vergangenen Sitzung berichtet habe, dass schlechterdings keine städtischen Flächen zur Verfügung stehen, so dass das Ansinnen nicht durchführbar sei.

Abstimmung: bei 12 Ja-Stimmen (BBB, FDP) und 21 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE) abgelehnt

| | | |
|------------|-------------|--|
| TOP 14. | DS-194/2019 | Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a |
|------------|-------------|--|

Der Bürgermeister spricht im Sinne der Vorlage. Er regt eine Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr an. Die Stadtverordnete Pastor weist darauf hin, dass eine Vorlage betreffend diese Adresse betreffend aber mit einer anderen Zielrichtung bereits im Ausschuss liege.

Die Stadtverordnete Pastor beantragt eine Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass seiner Wahrnehmung nach die AWO bereit stehe. Er regt im Weiteren die Ausweisung weiterer Wohnbau-Zuwachsflächen an, denn über dieses Projekt hinaus existiere noch viel mehr Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Das Grundstück Hauptstraße 113a eigne sich hervorragend für betreutes Wohnen, andere Verwendungen seien hingegen nicht sinnvoll. Die Stadtverordnete Braun meint, dass eine Ausschussdiskussion über beide Ansätze möglich sein müsse. Inhaltlich sei nach aktuellem Stand an dieser Adresse betreutes Wohnen besser geeignet als die hier aufgezeigte Möglichkeit.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 24 Ja-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE ohne den Stadtverordneten Ringel, FDP), 8 Nein-Stimmen (BBB) und einer Enthaltung (der Stadtverordnete Ringel) in Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 23:07 Uhr.

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler
Schriftführer